

# Der heutige Rechtsextremismus in Deutschland – Ursachen und Gegenwehr

Von Hajo Funke

Vortrag und Diskussion am 27. Januar 2026 im Rathaus Neumünster.

Runder Tisch für Toleranz und Demokratie

Liebe Versammelte,

Heute am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz vor 81 Jahren erinnern wir an die Verbrechen des Nationalsozialismus, an die Verbrechen von Hitler, Speer, Goebbels oder Ernst Röver in Oldenburg, an die Deportation von Neumünsteraner Jüdinnen und Juden und daran, dass sich dies so oder ähnlich nicht wiederholt. Dieser Anspruch ist gravierend und wird nach wie vor von 80 % der deutschen Bevölkerung geteilt.<sup>1</sup>

Ich gehe im Folgenden auf das ein, was in der wissenschaftlichen

- I. Debatte unter Rechtsextremismus verstanden wird und auf ihre sozialen, politischen und mentalen Ursachen,
- betone II. die spezifische Radikalität des Rechtsextremismus, d. h. die Entwicklung der AfD als der gegenwärtig dominanten politischen Form eines solchen Rechtsextremismus,
- beschreibe III. die besondere Gewaltgefahr durch etablierte rechtsextremistische Strukturen,
- gehe IV. auf die Bedingungen der Gegenwehr ein und ende schließlich V. mit einem Fazit.

Ich formuliere das teils zugespitzt und in Thesen, sodass Sie angeregt sind, mich zu kritisieren und sich selbst untereinander zu verständigen.

## I. Rechtsextremismus

*„Unter Rechtsextremismus verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die*

---

<sup>1</sup> Der geschätzte ehemalige Bundesverfassungsrichter und CDU Mitglied Voßkuhle hat daran erinnert, wie wichtig diese Konfrontation für dieses Jahr 2026 sein kann. Er hatte davor gewarnt dass im September diesen Jahres in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern ein oder sogar 2 Ministerpräsidenten „eine enorme Wirkung“ hätten. „Was in einem Bundesland bei Landtagswahlen passiert, kann auch im Bund bei Bundestagswahlen passieren“, so Voßkuhle.  
Ein AfD-Ministerpräsident könnte tief in staatliche Strukturen eingreifen, warnte der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Möglich sei etwa, dass im Schulunterricht nicht mehr über den Holocaust geredet werde, dass Parteidräger die Justiz dominieren oder Polizei und Staatsanwaltschaft gegen politische Gegner eingesetzt würden. Die AfD wolle den „Parlamentarismus westlicher Prägung abschaffen“ und bedrohe die Meinungsfreiheit, warnte Voßkuhle. Die AfD sehe andere Parteien nicht als demokratische Wettbewerber, sondern als „korrupte Eliten und Volksverräter“. Intern gebe es keine offenen Debatten: „Der AfD fehlt die DNA der pluralistischen Demokratie.“

Dass viele #AfDWähler auf eine Stärkung gemäßigter Kräfte hoffen, hält Voßkuhle für eine Illusion! Politische Bewegungen radikalierten sich meist weiter - Dies gilt in jedem Fall für die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand der nachgewiesenermaßen rechtsextremen Partei AfD

*Staatsräson ausgeben und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“ (Hans-Gerd Jaschke)<sup>2</sup>*

Vier Merkmale sind nach Richard Stöß besonders wichtig:

- Übersteigerter Nationalismus, oft verbunden mit imperialistischen Großmachtstreben oder feindlicher Haltung gegenüber anderen Staaten und Völkern,
- Negierung der universellen Freiheits-, Gleichheits- und Grundrechte,
- tendenziell gegen pluralistisch-demokratische politische Systeme,
- Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“, statt Akzeptanz von Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen<sup>3</sup>**Populisten** bestehen nach Jan-Werner Mueller (2016) *darauf*,

<sup>2</sup> Unter Extremismus lassen sich mit dem BMI „Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen, werden als Extremismus bezeichnet. Extremisten wollen die freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen und sie durch eine ihren jeweiligen Vorstellungen entsprechende Ordnung ersetzen.“ BMI (2)

<sup>3</sup>**Populisten** bestehen nach Jan-Werner Mueller (2016) *darauf, dass nur sie die legitimen Vertreter des Volkes seien. Sie sind gegen die Eliten und antipluralistisch und ihre Positionen sind immun gegen empirische Widerlegung. Ihr einziges Interesse am demokratischen Prozess besteht darin, in dem bestätigt zu werden, was sie ohnehin schon als tatsächlichen Willen der Menschen ausgemacht haben. Und sie besetzen oft den Staat, betreiben Vetternwirtschaft und Korruption und unterdrücken alles, was eine kritische Zivilgesellschaft sein könnte.*

**Rechtspopulisten** verstehen sich als die Stimme des Volkes, das sie selbst definieren. Sie wollen das Volk anführen und mit und für das Volk vorhandene Probleme lösen. Sie nehmen Sorgen, Ärger und Wut der BürgerInnen auf und projizieren diese mit dem Hinweis auf einfache Lösungen auf die angeblichen Verursacher der Probleme. Dazu zählen sie alle, die nicht zum »Volk« gehören wie z.B. ZuwandererInnen oder Muslime, aber auch die politischen Eliten oder das Projekt Europa als Ganzes. Sie projizieren Ärger und Wut aggressiv auf die vermeintlichen Verursacher der Probleme und machen sie so zu Sündenböcken. Am Ende vertreten sie die einfache Lösung: »Wir gegen die! – und bieten erkennbar keine Lösungen.

**Rechtsradikale** bewegen sich mit ihren Forderungen, die denen der Rechtsextremen entsprechen, weit weg von den Standards rechtsstaatlich freiheitlicher Demokratie, stellen die Demokratie aber nicht in allen Facetten in Frage. In Deutschland beziehen Rechtsradikale immer wieder deutschationale Traditionen mit ein. Der Politikwissenschaftler Michael Minkenberg (1998) beschreibt Rechtsradikalismus in seiner Vergleichsstudie zu Frankreich, den Vereinigten Staaten und Deutschland aus dem Jahr 1998 als autoritär-aggressive Reaktion auf intensive Modernisierungs- und Demokratisierungsschübe westlicher Industriegesellschaften.

Unter **Rechtsterroristen** verstehen wir dagegen einen besonders gewaltbereiten Teil der Rechtsextremen, der sich zur Verwirklichung seiner Ziele in der Regel klandestin organisiert, bewaffnet und Springstoff-Anschläge, Morde oder andere Formen terroristischer Gewalt plant und durchführt. Nahezu alle rechtsterroristischen Gruppen in Deutschland kamen aus einem alltagsterroristischen bzw. präterroristischen Milieu, in dem es zum praktischen Selbstverständnis gehörte, jederzeit gegen definierte Feinde zuzuschlagen.

Im Falle des neueren Rechtsterrorismus treffen wir auf Konzepte des weiß rassistischen Ku-Klux-Klan, der Hammerskins, des **NSU-Netzwerks** als quasi autonom agierende, führerlose Zellenstruktur aus der rechtsextremen Subkultur und rechtsextrem-präterroristischen Organisationen wie dem Thüringer Heimatschutz, teils mit Unterstützung staatlicher Organe.

Unter **Rassismus und der Ideologie des Ethnopluralismus** verstehen wir den expliziten oder impliziten Verweis auf essenzielle Unterschiede zwischen Menschengruppen, sofern deren Ursachen überwiegend oder wesentlich mit Herkunft, Abstammung oder äußeren Körpermerkmalen (vor allem Hautfarbe) in Verbindung gebracht werden. Rassismus ist die Abweisung und Verachtung vor allem auf Grundlage von physischen Merkmalen. Art. 1 des internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom Dezember 1965 definiert rassistische Diskriminierung als „jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“. Heute beobachten wir häufig Formen eines *kulturellen Rassismus*. Ein solcher beschwört angebliche kulturelle oder ethnische „Fremdheiten“ und Gefahren, die einzelnen Gruppen als natürliche oder als unvermeidbare Eigenschaften zugeschrieben werden. Diesen kulturellen Rassismus gibt es in den Debatten unter Rechtspopulisten und Rechtsextremisten gegenüber Muslimen sowie Migranten aus Südosteuropa, Asien und vor allem aus Afrika. Die extreme rechte tut dies unter dem Decknamen eines „Ethnopluralismus“, der kulturelle Festlegungen und entsprechende Abgrenzungen propagiert. Mit dem „Ethnopluralismus“ werden genau wie im Antisemitismus, im Rassismus oder im radikalen Ethnonationalismus autoritär Feinde beschworen, die es um des eigenen Lebens bzw. der eigenen Sicherheit willen zu bekämpfen gilt.

*dass nur sie die legitimen Vertreter des Volkes seien. Sie sind gegen die Eliten und antipluralistisch und ihre Positionen sind immun gegen empirische Widerlegung. Ihr einziges Interesse am demokratischen Prozess besteht darin, in dem bestätigt zu werden, was sie ohnehin schon als tatsächlichen Willen der Menschen ausgemacht haben. Und sie besetzen oft den Staat, betreiben Vetternwirtschaft und Korruption und unterdrücken alles, was eine kritische Zivilgesellschaft sein könnte.'*

**Rechtspopulisten** verstehen sich als die Stimme des Volkes, das sie selbst definieren. Sie wollen das Volk anführen und mit und für das Volk vorhandene Probleme lösen. Sie nehmen Sorgen, Ärger und Wut der BürgerInnen auf und projizieren diese mit dem Hinweis auf einfache Lösungen auf die angeblichen Verursacher der Probleme. Dazu zählen sie alle, die nicht zum »Volk« gehören wie z.B. Zugewanderte oder Muslime, aber auch die politischen Eliten oder das Projekt Europa als Ganzes. Sie projizieren Ärger und Wut aggressiv auf die vermeintlichen Verursacher der Probleme und machen sie so zu Sündenböcken. Am Ende vertreten sie die einfache Lösung: »Wir gegen die« – und bieten erkennbar keine Lösungen.

### **Zu den Faktoren für den Aufstieg von Rechtsextremisten**

... gehören Schwächen oder sogar Krisen:

- (1) im sozialen,
- (2) im politischen und Parteiensystem und
- (3) rechtsautoritäre Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, die
- (4) von rechtspopulistischen oder rechtsextremen »Angeboten« verstärkt werden und letztlich liberale Demokratie und Rechtsstaat gefährden.

Die Palette gesellschaftlicher Bedingungen für Aufkommen und Erstarken von Rechtsaußen zeigt zur Genüge, dass eine sozialwissenschaftliche Verengung der Debatte auf Einzelphänomene und deren jeweilige Ursachen nicht sehr weit führt, da es sich eben um ein „Geflecht von verschiedenen, in der Regel aber miteinander irgendwie verknüpften Faktoren handelt, die Rechtsextremismus begünstigen.“ (Stöß 1994:40) Dieses *Geflecht*, das Rechtsextremismus begünstigt, wird seinerseits von der spezifischen destruktiv-dynamischen Potenz rechtsextremer Ideologie und Netzwerken gefördert. Eine solche multifaktorielle Analyse bedeutet, für historische Konstellationen die länger- und kurzfristigen Faktoren analytisch aufeinander zu beziehen, um zu Sachaussagen über Art und Ausmaß von Rechtsextremismus und ihrer potentiellen dynamischen Interaktion zu kommen.

Deswegen will ich den sozialwissenschaftlichen historischen Kontext in vier Dimensionen - den ökonomisch sozialen, den politisch kulturellen, rechtsautoritären Einstellungen und den rechtsextremen Angeboten zur Erklärung heranziehen - und so nahe legen, dass es für eine demokratische Öffentlichkeit und einen Kampf um die Demokratie eben dieser vier Faktoren bedarf, um aus dieser Auseinandersetzung Zuversicht in Demokratie, soziale Sensibilität und Rechtsstaat zu begründen.

Zu den zentralen Faktoren für die Ausweitung des Rechtsextremismus zählt zunächst einmal die Unzufriedenheit mit wirtschaftlicher und sozialer Lage, die in den letzten Jahren stetig gewachsen ist. Sie haben für Neumünster gerade gezeigt, dass in den verschiedenen Stadtteilen die AfD da zulegt, wo es mehr Arbeitslosigkeit gibt. (Vergleiche PowerPoint von Paul Weber). Sie zeigt sich in einer erheblichen Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung unter Friedrich Merz. Es

mangelt in deren Sicht an Effizienz und Glaubwürdigkeit zugleich und dies insbesondere in vielen Regionen Ostdeutschlands, zu denen noch eine besondere Wahrnehmung von Einigung und den Folgen dieser Einigung hinzutritt.

Nach der Anfang 2024 erhobenen und in 2024 veröffentlichten Leipziger Studie „Vereint im Ressentiment. Die 12. Leipziger Autoritarismus Studie (Oliver Decker/Ayline Heller. Universität Leipzig 2024)“ nimmt die Zufriedenheit mit der Demokratie, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern ab.

- „Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nimmt ab. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Zufriedenheit mit der Demokratie so gering wie zuletzt 2006.“
- Verdrossenheit mit den Parteien und Politiker:innen und fehlende Möglichkeiten der Partizipation wurden am häufigsten genannt.
- Im Westen Deutschlands hat die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen deutlich zugenommen und nähert sich den Einstellungen im Osten an. Ausländerfeindlichkeit hat sich damit zu einem bundesweit geteilten Ressentiment entwickelt.
- Antiamerikanismus, Antikapitalismus und Trans\*feindlichkeit wurden neu untersucht. Vor allem letztere ist weit verbreitet.
- Erstmals wurden postkolonialer und antizionistischer Antisemitismus untersucht: 13,2 Prozent stimmen voll und ganz zu, dass es besser wäre, „wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden“. (Ebd.)

„Ressentiments gegen viele Gruppen in Deutschland weit verbreitet und bundesweit geteilt - Im Westen haben Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus, Muslimfeindschaft und Antiziganismus zugenommen, Transfeindlichkeit weit verbreitet - Im Osten bleibt Ausländerfeindlichkeit auf hohem Niveau, tradierter Antisemitismus latent, antisemitische Ressentiments vor allem gegen Israel hat wie auch Antifeminismus/Sexismus zugenommen und Transfeindlichkeit ist weit verbreitet - Ethnozentrismus ist derzeit AfD-Wahlentscheidend, Ausländerfeindlichkeit Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus - Antisemitismus in unterschiedlichen Formen weit verbreitet, er ist bei der politischen Linken und Rechten hoch ausgeprägt und droht zur Brückeideologie zu werden - Demokratie steht unter Druck: Unzufriedenheit ist verbreitet, die Schuld wird bei „Politikern“ und „Parteien“ gesehen, Wunsch nach einer „starken Partei“ - Große Gruppe demokratischer Wähler derzeit ohne politische Heimat“ (Ebd.)

Wut, Entrüschung und sich vertiefende Ressentiments sind wiederum Faktoren, die Teile der Bevölkerung auf die Migrant:innen als Verursacher projizieren und man sogar den Migranten, den Fremden, den Islamgläubigen für alles Unheil verantwortlich macht: ihn zum Sündenbock erklärt.

Es sind also 4 Faktoren - Krisen im sozialen, im politischen, rechtsautoritäre Einstellungen in Teilen Bevölkerung - und die Mobilisierung dieser Mischung aus Kritik und Wut durch rechtsextreme Bewegungen und Parteien, hier insbesondere der AfD.

### **Der dreifache öffentlich-politische Skandal: Selbstverharmlosung der Partei, Verharmlosung in Medien - und in der Bevölkerung**

Diese Partei ist im Zeichen der Wahlen besonders darauf erpicht, sich selbst als alles andere als rechtsextrem zu begreifen und sich offenkundig außerordentlich erfolgreich selbst zu verharmlosen. Diese Selbstverharmlosung geschieht trotz wachsender Widersprüche zwischen der Bundesspitze in ihrem öffentlichen taktischen Verhalten einerseits und den völkischen radikalen um Björn Höcke dadurch,

- dass die AfD-Bundesspitze jemandem wie Martin Sellner wohl aus Angst um ein schnelles Verbotsverfahren ein Auftrittsverbot in Brandenburg erteilt, weil dieser rechtsextrem sei. Allerdings wie wir wissen ohne wirkliche Effizienz, da Martin Sellner mit Lena Cotré jüngst in Brandenburg zusammengetroffen ist.
- Exakt zur gleichen Zeit haben die Fraktionsvorsitzenden der AfD in Ostdeutschland in einer sogenannten *Schweriner Erklärung* zusammen mit Björn Höcke ihre Haltung zu Volk und Nation bekräftigt und damit auch die millionenfache Remigration, wie sie Björn Höcke und Ulrich Siegmund aus Sachsen-Anhalt je neu fordern und damit die Position der millionenfachen Remigration, wie sie Martin Sellner sich wünscht.
- Sie geschieht schließlich dadurch, dass die Bundesspitze den Ausschluss von AfD-Mitgliedern beschließt, die als Rechtsterroristen der sog. SS (Sächsische Separatisten) inzwischen vor Gericht stehen und auch nach über einem Jahr dieser Ausschluss gar nicht erfolgt. (Vgl. unten)
- Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Widersprüche der AfD in der Außenpolitik eklatieren: während etwa Björn Höcke nichts von der Bundeswehr hält, will Lukassen die Wehrpflicht. Während sich die Bundesspitze in Fragen der US-politik zurückhält, folgen AfDler wie Markus Frohnmaier (Spitzenkandidat in Baden-Württemberg) ihrem Kontakt mit den radikalierten US-amerikanischen Republikanern. Und der zynische Machttaktiker Maximilian Krah schreibt: „*Und als AfD sollten wir tunlichst ein Zoff mit Trump vermeiden, schließlich schützt der uns vor einem Verbotsverfahren.*“ (vergleiche in NOZ, 27. Januar 2026)

Angesichts der immensen Schwäche unserer öffentlichen und Printmedien wird diese Selbstverharmlosung und damit der angeblich nicht-rechtsextreme Charakter der AfD de facto akzeptiert und sogar honoriert.

Vor allem: dies zeigt sich auch in den vielleicht besten sozialwissenschaftlichen Studien, den Bielefeldern um Zick (*Die angespannte Mitte*) und den Leipzigern um Decker (*Vereint im Ressentiment*). Erstere zeigt empirisch, dass große Mehrheiten in Deutschland gegen rechtsextrem eintreten und eine große Minderheit von 33 % sieht in der AfD eine „Partei wie jede andere auch“. Diejenigen, die AfD wählen, sagen zu 82 %, dass sie sie wählen, ganz gleichgültig, ob sie rechtsextrem ist oder nicht. (Vgl. *Die angespannte Mitte* 2025:83) Und fast die Hälfte in Baden-Württemberg will auch keine Brandmauer.

D. h.: Der offenkundig erfolgreichen Selbstverharmlosung der AfD korrespondiert eine Verharmlosung der Partei in den Augen großer Teile der Bevölkerung - sie sind dann eben nur diejenigen, die Kritik üben und es besser machen und deswegen gewählt werden wollen.

Im folgenden zunächst eine Charakterisierung der AfD als rechtsextrem und als Gefahr für den Bestand dieser Republik - Eine Gefahr für den ökonomischen Wohlstand, für ein halbwegs faires Miteinander in der Republik und vor allem für das Abgleiten in bürgerkriegsähnliche Gewalt, Zunächst und vor allem in Ostdeutschland.

## **II. AfD. Aufklärung über den rechtsextremen Charakter und die Gewaltgefahren von Hetze und menschenverachtender Ideologie**

Naheliegenderweise erörtere ich im folgenden die größte Herausforderung für die demokratischen Parteien, die sie angesichts der Umfrage- und Wahlergebnisse, in der AfD sehen. Sie war 2013

zunächst als Sammelbecken enttäuschter Mitglieder von CDU und FDP als wirtschaftsliberale Alternative gegründet worden und hat sich alsbald unter dem Einfluss des sogenannten Flügels um Höcke stetig radikaliert und insbesondere nach 2016 neben ihrer allgemeinen Kritik sich auf die Abwertung von sogenannten Fremden, von Geflüchteten und insbesondere geflüchteten Muslimen konzentriert und in ihrem Grundsatzprogramm schon 2016 den Islam und die islamischen Gläubigen als die zentrale Gefahr, als Feind der deutschen Gesellschaft interpretiert. So der bis heute in Sachsen-Anhalt aktive Hans-Thomas Tilschneider, der dies in das Grundsatzprogramm unter johlendem Beifall der über 1000 Mitglieder in Stuttgart am Vormittag des 1. Mai 2016 erfolgreich eingebracht hatte.

Ich habe die AfD in meinen Studien unter anderem in „Die Höcke-AfD“ (Hamburg 2020) und in „AfD Masterpläne“ (Hamburg 2024) als eine Partei analysiert, die Kernelemente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angreift und daher rechtsextrem ist. Dabei gehört zur Demokratie nach dem Grundgesetz das Kernrecht der Menschenwürde, das den einzelnen Menschen in seiner personalen Individualität, Identität und Integrität und in seiner elementaren Rechtsgleichheit schützt, das Rechtsstaatsprinzip, das auf die Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz individueller Freiheit nach Art. 20,3 des Grundgesetzes und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie die Beibehaltung des Gewaltmonopols des Staates zielt. Schließlich geht es um das Demokratieprinzip selbst, das dann verletzt ist, wenn der Parlamentarismus oder die aktuellen politischen Verhältnisse verächtlich gemacht werden, ohne aufzuzeigen, auf welchem Weg sie sonst dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung tragen wollen.

Demgegenüber geht der völkische Nationalismus, die oft rassistische Abwehr ganzer Bevölkerungsgruppen - ob Staatsbürger oder nicht - von der Existenz geschlossener ethnisch-biologischer und oder ethnisch-kultureller Völker aus; dabei sei die innere Homogenität der Gruppe zu wahren und durch Abgrenzung und vor allem aggressive Ausgrenzung von allem, was die eigene Homogenität gefährdet, sicherzustellen.

Björn Höcke, einer der einflussreichsten Politiker in der AfD, erklärte bereits 2018, dass die millionenfache Remigration das zentrale strategische und Agitationsziel der AfD sein müsse :

„Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Migrationsprojekt notwendig sein.“ „Und bei dem wird man so fürchte ich, nicht um eine Politik der wohltemperierten Grausamkeit herumkommen“ (Höcke/Hennig 2018: Nie zweimal in denselben Fluss. Lüdinghausen/Berlin).

Im jüngst erschienenen Buch von Frederik Schindler: Höcke (2025) wird detailliert nachgezeichnet, in welchem revisionistischen, teils neonationalsozialistischem Milieu Björn Höcke war und ist.

Zu Höckes zentralen ideologischen Strategen gehört Götz Kubitschek, der politische Ziehsohn von Armin Mohler, der mit Verweis auf die sogenannte konservative Revolution sich auf die Antidemokraten der Weimarer Republik bezog, auf Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler oder Moeller van den Bruck. Sie wiederum waren die entscheidenden Stichwortgeber für die nationalsozialistische Kampfbewegung in der späten Weimarer Republik bis zum Jahr der Machtübernahme 1933. Götz Kubitschek ist keineswegs ein sogenannter neuer Rechter, sondern

bezieht seine entscheidenden Impulse von Armin Mohler. Dieser sprach schon bei den 1. Anläufen einer massiven politischen organisierten Rechten Mitte der Achtzigerjahre im Blick auf den Chef der neugegründeten rechtsextremen Republikaner, Schönhuber:

*„Er spricht aus, was die Leute denken. Die (neue) Rechte muss mit dem vorherrschenden Sicherheitsbedürfnis des Volkes kalkulieren und daraus Kapital schlagen [...] Man muss die Leute in den Eingeweiden bewegen. Der Nationalsozialismus hatte den Leuten seelische Erlebnisse vermittelt, die heute kaum noch denkbar sind, darin bestand sein Erfolgsrezept. Das dringender werdende Asylproblem könnte eine populistische Rechte stark machen.“.*

Der für Götz Kubitschek zentrale Mentor Mohler sprach damit das zentrale Ziel aus, mit dem eine Rechte stark werden kann: das Asyl, die Hetze gegen andere, Muslime, sogenannte Fremde, und er wusste, dass diese Entfesselung gegen den anderen, gegen Fremde, damals gegen Juden die zentrale Strategie der Goebbels und Hitler im Chaos der ökonomischen und politischen Krisen am Ende der Weimarer Republik zur Durchsetzung des Nationalsozialismus geworden war. Es geht der AfD um eine ethnisch reine, rassistische Nation; nur in ihr kann es die »Identität« geben, die nicht durch »Durchmischung« und »bunte Vielfalt« getrübt ist. Das ist das rechtsextreme Programm in ihrer besonderen Zuspitzung durch die AfD, mit der Gefahr, dass dies in zwei ostdeutschen Ländern nach den nächsten Landtagswahlen in 2026 umgesetzt wird. (Vgl. Funke: *AfD-Masterpläne*. Hamburg 2024)

### Besondere rechtsextreme Entwicklung in Teilen Ostdeutschlands

In den Landtagswahlen diesen Jahres geht es den demokratischen Parteien und der Öffentlichkeit um den „Elefanten im Raum“, um die Verhinderung der Eroberung der Macht durch die AfD. Zwar gibt es die Bereitschaft, AfD zu wählen, auch in Baden-Württemberg (inzwischen in Baden-Württemberg mit abnehmendem Trend, gegenwärtig bei 19 %) und Rheinland-Pfalz, weniger in Berlin und beispielsweise in Schleswig-Holstein. In Berlin dürfte es mit dem allgemein politischen Milieu, das weitgehend gegen die AfD gerichtet ist, zu tun haben, in Schleswig-Holstein mit einer gediegenen, CDU-geführten Regierung unter Günther, d. h. eben gerade nicht mit einer drastischen Perspektive im Kampf gegen jede Migration.

In den beiden Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt dominiert in den Umfragen allerdings die AfD bei gegenwärtig knapp unter 40 %, ohne dass es bisher eine zureichende Strategie der demokratischen Parteien gäbe. Besonders gefährlich wird dieser Trend dort, wo inzwischen Milieus so dominant sind, dass sie Rassismus zum Alltag machen und damit auch Gewalt wie etwa in Teilen Sachsens, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt.

Die Gründe für die tiefgelagerte Wut kommen von weit her, aus der Erfahrung, dass Ostdeutsche in der DDR teilweise unterdrückt wurden, sich gegen die DDR ermächtigt hatten und gleich wieder durch den Westen entmächtigt worden sind (vergleiche Steffen Mau: *Ungleich vereint*. 2024). Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Treuhanderfahrung – eine Erfahrung, die darin bestanden hat, dass der solvente Westen die Substanz in der ehemaligen DDR aufgekauft und nicht selten auch stillgelegt hat. (Dirk Laabs: *Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand*. 2012)

Das hat auch zu tun mit einer aus der Wendezeit herrührende doppelten Enttäuschung über die ökonomische Entwicklung und die Chancen demokratischer Beteiligung, die zu einer Entfremdung gegenüber der Demokratie, wie sie erlebt wird, und zur autoritären Identifizierung mit einer starken Partei einerseits und einer entschiedenen Abwehr von dem, was als fremd gilt, führt. Chauvinistische und ausländerfeindliche Aussagen werden nur von einer Minderheit der Befragten abgelehnt. Antisemitische und sozialdarwinistischen Statements stimmen 1/3 der Bevölkerung vollständig oder teilweise zu. (Decker 2023, zit. nach Funke 2024:56)

Das Gefühl, keinen Einfluss auf demokratische Entscheidungsprozesse nehmen zu können, ist in Sachsen mit 80,5 % außergewöhnlich hoch; 2/3 halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Nach den Autoren ist die Abwertung der Demokratie mit motiviert durch den Wunsch nach „Prothesensicherheit“ (Erich Fromm), also der Identifizierung mit der Macht einer aggressiven Autorität, die der eigenen Selbstaufwertung dient, die Ohnmachtserfahrung zu reduzieren scheint und Gewalt gegen andere legitimiert. (Kiess, zit. bei Funke 2024:65).

Der Wunsch nach starker Führung bei einem beträchtlichen Teil der ostdeutschen Bevölkerung korrespondiert mit der Wahrnehmung, dass demokratische Aushandlung und Kompromissfindung als schwach erlebt werden. Schon dem Ende Januar 2024 vorgestellten Sachsen Monitor 2023 entnehmen wir eine sich fortsetzende und selbstverstärkende Dynamik des Vertrauensverlustes in Bundesregierung und das Funktionieren der Demokratie. Die damit verbundenen Frustrationen, Enttäuschungen verbinden sich mit ohnehin gegebenen Ressentiments, sodass das Ressentiments und Vorurteile gegen Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten auf ein noch nie dagewesenes Ausmaß angewachsen sind.

2/3 halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren , da kaum jemand glaubt, einen Einfluss auf die Regierung zu haben. Diese Werte einer politisch-kulturellen Deprivation - einflusslos zu sein - sind seit etwa 20 Jahren konstant - vermutlich sogar bis in die frühen Neunzigerjahre. Hinzu kommt: Nicht einmal die Hälfte möchte sich als Gewinner bezeichnen, ¼ ausdrücklich als Verlierer der Wende. Es sind vor allem wahrgenommene oder unmittelbar erfahrene Enttäuschungen, sich ökonomisch/ sozial benachteiligt zu fühlen und naheliegenderweise dies besonders in den als abgehängt bezeichneten, peripheren Regionen.

### **III. Wachsende Gefahr einer Radikalisierung in Rassismus und Gewalt**

Wir sind im Kontext sozialer Verunsicherung und einer Agitation von ganz rechts seit inzwischen einem Jahrzehnt mit immer mehr Straftaten von rechts und vor allem Gewalt-Straftaten konfrontiert. Sie sind insbesondere dort hoch, wo sich antidemokratisch rassistische Milieus wie in Teilen Sachsens beispielsweise gebildet haben.

Nach der Studie der Politologin Rafaela Dancygier (Princeton University): *Rassistische Hasskriminalität und politische Prozesse in Deutschland* hielt schon vor einem Jahrzehnt ein Fünftel der 3000 Befragten in Deutschland (in den Jahren 2016 und 2017) rassistische Hasskriminalität für legitim. Fast die Hälfte der AfD-Wähler:innen befürwortete Aussagen wie „Fremdenfeindlichkeit gegen Flüchtlinge ist manchmal gerechtfertigt, auch wenn sie in Gewalt umschlägt“. (Vgl. 2023: „*Hate crime supporters are found across age, gender, and income groups and are susceptible to violent political appeals*“

Der massive Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe nach Erfassung des Verbands der Beratungsstellen rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) für 14 Bundesländer liegt bei mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2024: 3.453 / 2023: 2.589). Während er in Schleswig-Holstein von 77 auf 82 Fälle (bei 2,78 pro 100.000) angestiegen ist, ist er in Sachsen-Anhalt von 142 auf 178 (bei 8,30 pro 100.000) angestiegen. Die Anzahl der 2024 direkt Betroffenen liegt inzwischen bei 4681 (nach 3384 im Jahr 2023). (Vergleiche die folgenden Grafiken hierzu.)

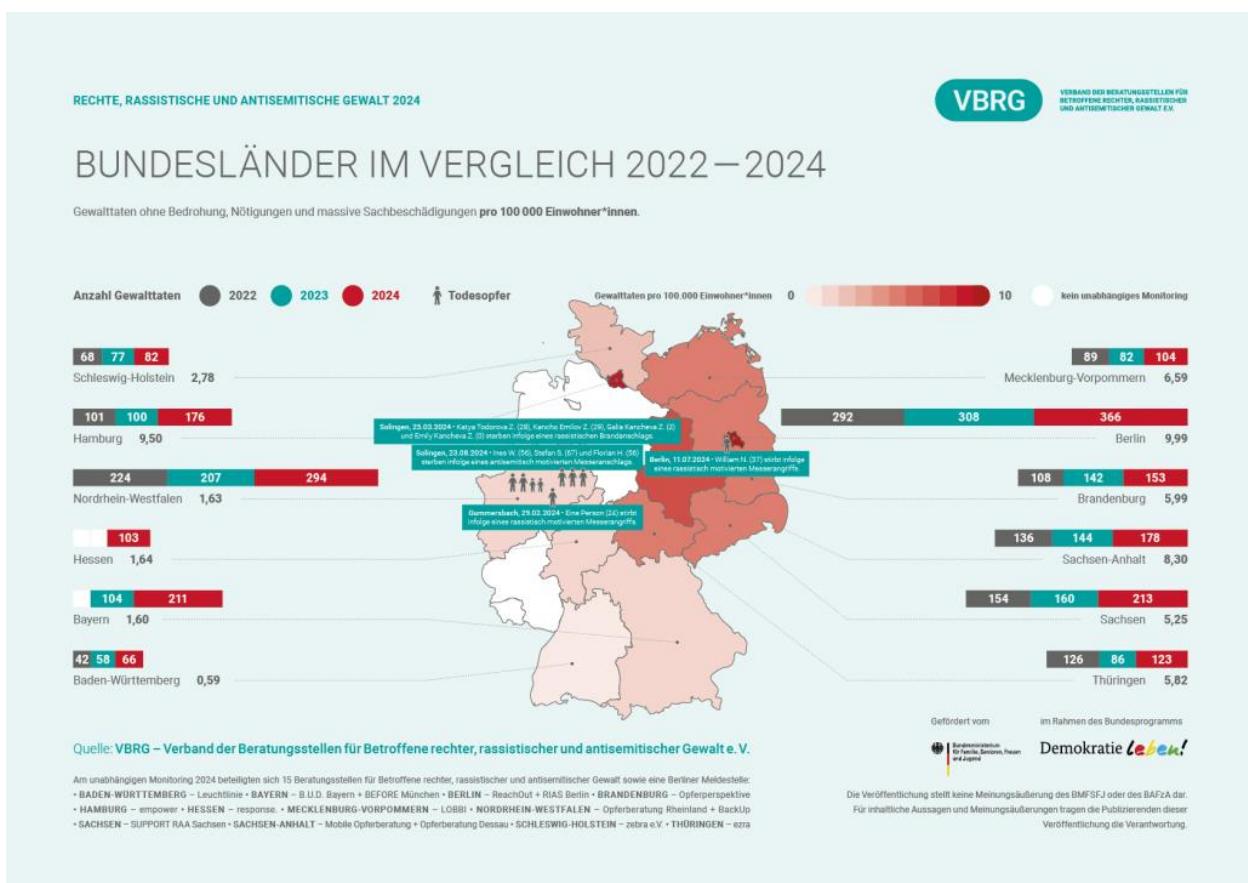
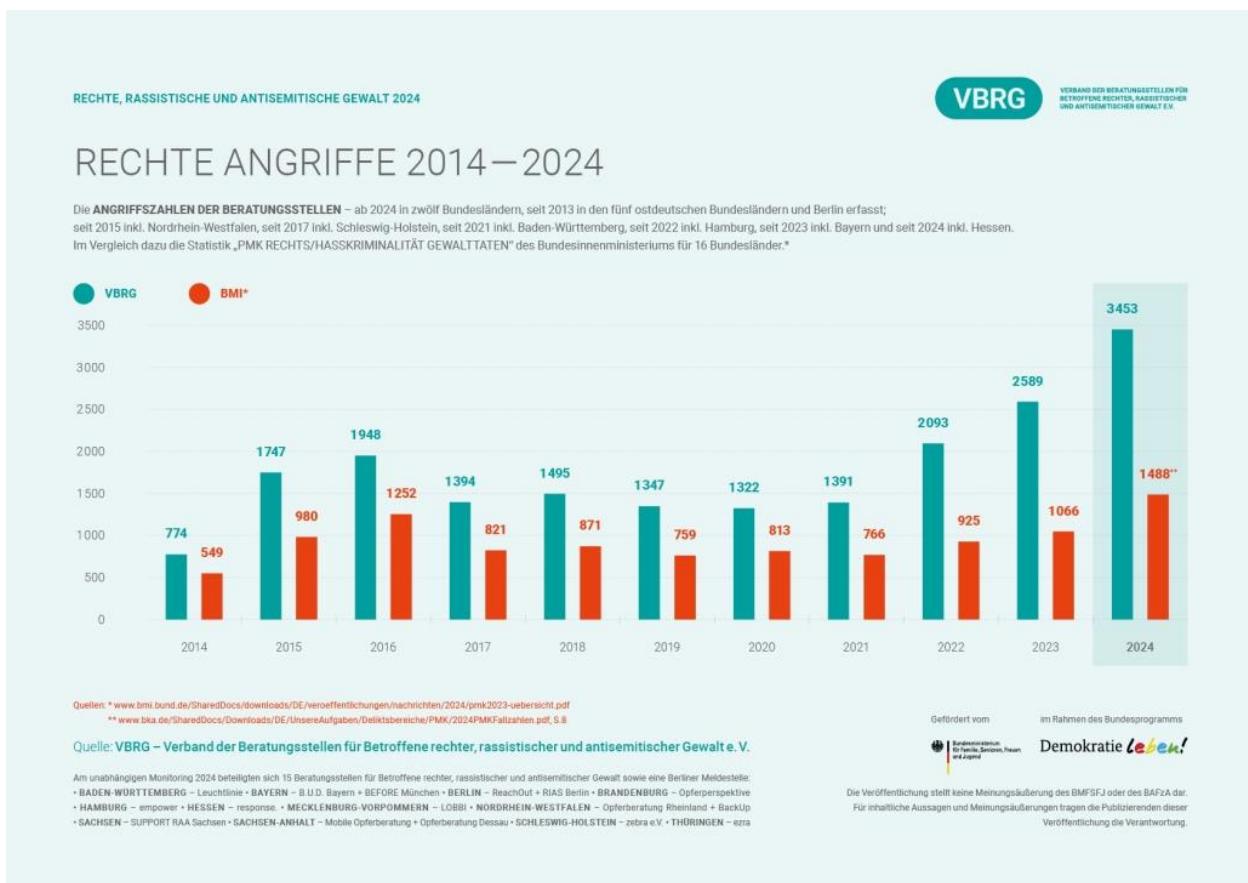
Die Brutalität und Menschenverachtung, mit denen die Betroffenen konfrontiert sind, haben gravierende Auswirkungen: Jahrelange Ermittlungsverfahren, anhaltende Bedrohungen nach rassistischen Angriffen von Nachbar\*innen, erzwungene Arbeits-, Ausbildungsplatz-, Schul- und Wohnortwechsel bis hin zur Aufgabe von politischen Mandaten. Damit verbunden ist oft der Verlust von Sicherheit, Arbeitsplätzen, Heimat und sozialen Netzwerken. All das ist Realität vieler Angegriffener.<sup>4</sup>

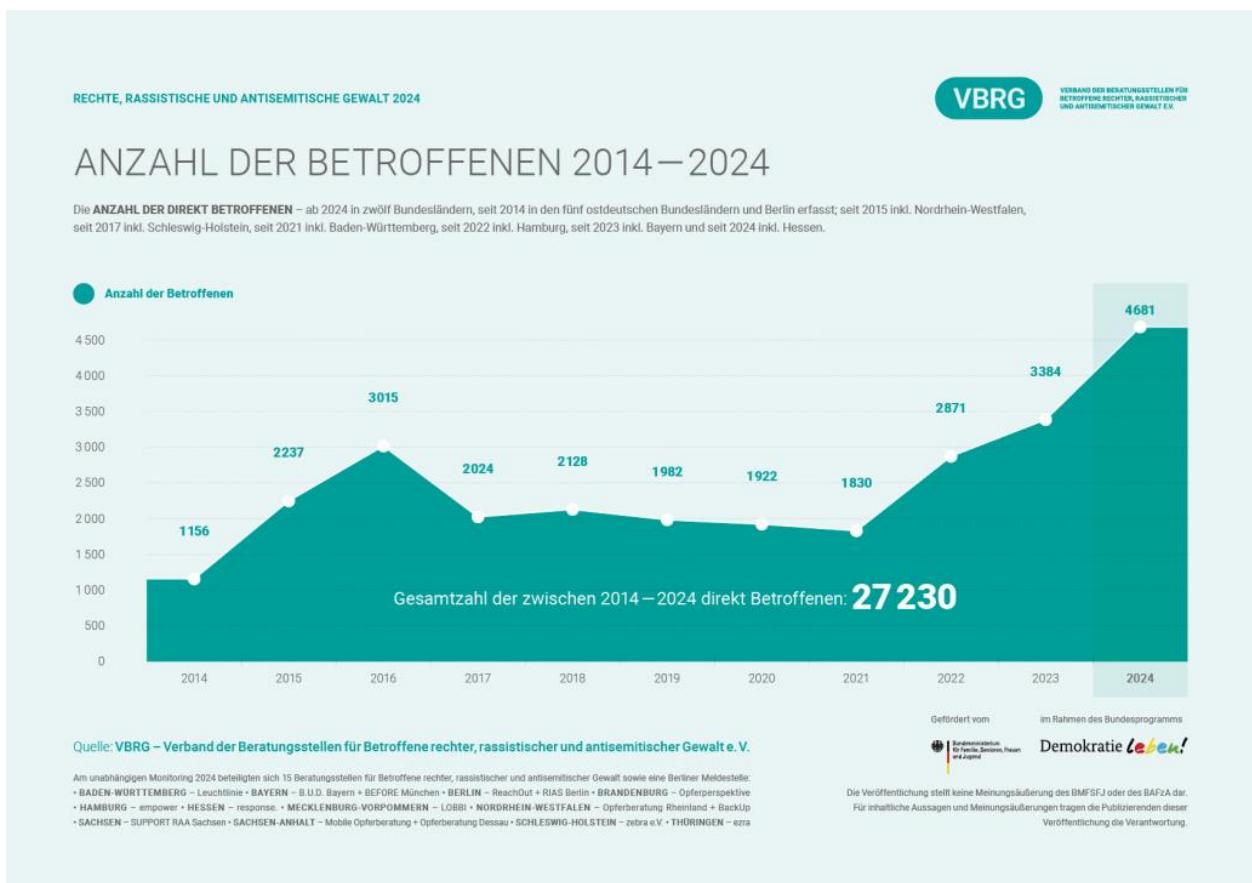
<sup>4</sup> Vgl.: Berlin, 19.05.2025 VBRG: „Pressemitteilung: Rechte Gewalt 2025: Rechte Gewalt 2024 – Eine Bilanz des Schreckens. +++ Jahresbilanz der Opferberatungsstellen +++ Anstieg von mehr als 20 Prozent bei rechten Angriffen. +++ Täglich ereigneten sich im Jahr 2024 mindestens neun rechte Angriffe in 12 von 16 Bundesländern. +++ Rassismus ist bei mehr als der Hälfte der Fälle das dominante Tatmotiv.+++ Opferberatungsstellen registrieren einen dramatischen Zuwachs bei Angriffen auf sogenannte „politische Gegner\*innen“ um 2/3 im Vergleich zum Vorjahr.+++ Anstieg um mehr als 40 Prozent bei queerfeindlich motivierten Angriffen.+++ Anstieg um 11 Prozent bei antisemitischen Angriffen. +++ Insgesamt waren 4.861 Menschen von 3.453 politisch rechts motivierten Angriffen in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen direkt betroffen. +++ Forderung nach politischen Konsequenzen, Schutz der Opferrechte und gesellschaftlicher Solidarität.+++ Die Bekämpfung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherheit aller Menschen, die in Deutschland leben“, sagt Judith Porath vom Vorstand des VBRG e.V. anlässlich der Veröffentlichung der Jahresbilanz 2024 der Opferberatungsstellen. „Die Bundesregierung muss auf den Flächenbrand rechter Gewalt mit politischen Konsequenzen und einem ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan reagieren.“

Berlin, 20.05.2025: Eine aktuelle Auswertung der im VBRG e.V. zusammengeschlossenen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, zeigt, dass die Gewaltbereitschaft von Mandatsträger\*innen und Funktionär\*innen der AfD sowie deren Anhänger\*innen seit mehreren Jahren zunimmt. Die Angegriffenen sind nach Gewalttaten durch AfD-Funktionär\*innen und Sympathisant\*innen besonders belastet. Denn sie wissen, dass die Täter\*innen von einem breiten Unterstützer\*innen-Netzwerk und der Logistik einer rechtsextremistischen Partei profitieren.

In vielen Fällen fühlen sich die Betroffenen zudem vom Rechtsstaat im Stich gelassen: Die über Jahre verschleppten Strafverfahren, Erfahrungen von Täter-Opfer-Umkehr und eingeschränkte Rechtsmittel sowie Entpolitisierung und Verharmlosung der Angriffsfolgen durch Staatsanwaltschaften und Justiz entmutigen Betroffene und schwächen ihr Sicherheitsgefühl und ihr Vertrauen in den Rechtsstaat.

Die nachfolgenden Fallbeispiele zeigen: Die Sicherheit vieler Menschen ist sowohl durch die Beteiligung von AfD-Funktionär\*innen an mutmaßlich rechtsterroristischen Netzwerken wie den Sächsischen Separatisten oder Netzwerk der Patriotischen Union als auch unmittelbar durch direkte Angriffe von gewalttätigen AfD-Funktionär\*innen und Sympathisant\*innen der rechtsextremen Partei massiv beeinträchtigt. Hauptsächliche Zielgruppen von gewalttätigen Angriffen durch AfD-Funktionär\*innen und Mitglieder der rechtsextremen Partei sind Menschen, die an Protesten gegen Rechtsextremismus und gegen AfD-Versammlungen teilnehmen sowie Journalist\*innen und von Rassismus Betroffene, Abgeordnete und Vertreter\*innen demokratischer Parteien.“





### Die Entwicklung rechtsterroristischer Gruppen

Ich beobachte in bestimmten Teilen Sachsens, dass das vor-Ort-Milieu so rassistisch und gewalthaltig aufgeladen ist, dass bei entsprechenden Führungsstrukturen und entsprechender Resonanz in Teilen vor allem der männlich jungen Bevölkerung von faschistoiden Gewalt-Strukturen gesprochen werden muss. Es ist daher nicht von ungefähr, wenn sich hieraus auch wie schon in den späten neunziger Jahren rechtsterroristischen Gruppen wie damals der NSU und heute die Sächsischen Separatisten, die sich **SS** nennen, gebildet haben, aber vielfach inzwischen schneller aufgegriffen werden.

Der Fall der Sächsischen Separatisten ist deswegen bemerkenswert, weil er nicht ohne die Agitation und Eskalation von Teilen der AfD in Sachsen gedacht werden kann. Immerhin waren 3 der 8 Verhafteten in der AfD aktiv, unter anderem in Grimma. Es gab enge Verbindungen unter anderem in den Demonstrationen mit dem *Dritten Weg*, einer aktiven neonazistischen Gruppe in Sachsen. Sie hatten enge Verbindungen zu den österreichischen Nationalsozialisten um *Gottfried Küssel*, der im Übrigen auch Vorbild für den damals jungen Martin Sellner war. Sie hatten Aufstände geplant und sich bewaffnet. Zu ihnen gehören alte und neue Neonazis, unter anderem aus der Familie Schimanek. Zu den Verhafteten gehört neben Jörn und Jörg Schimanek, Kevin R(ichter), Hans-Georg Pförtch mit seinen Kontakten zu *Legida*, *Compactmagazin*, *Institut für Staatpolitik*, der Identitären Bewegung und der *Nordic Resistance Movement* - der AfD Lokalpolitiker Kurt Hättasch, der Kontakte mit der verbotenen *SSS (Skinheads Sächsische Schweiz)* über seine Frau hatte, aus Grimma. Schon seit geraumer Zeit hatte mein Kollege und Faschismusexperte Volkmar Wölk aus Grimma auf die Gefahren von Milieus in Sachsen hingewiesen, die ins gewalttätige abdriften. Letzterer kritisierte die

Zurückhaltung der sächsischen Behörden bei dem Einsatz gegen die mutmaßlichen Rechtsterroristen. Ich hatte 2016 Unter dem Titel *NSU Staatsaffäre* eine Studie über den NSU verfasst, aus der klar wurde, wie verankert die rechtsterroristische Gruppe NSU in Teilen Sachsens war. Oliver Decker wies auf die Vielzahl von rechtsterroristischen Zellen hin, die in Sachsen bereits aktiv gewesen sein wie zum Beispiel NSU, *Revolution Chemnitz* oder *Gruppe Freital*. Die AfD habe eine Verbindung zwischen radikalen, gewaltbereiten, rechtsextremen Gruppen und einem bürgerlich-nationalistischen Milieu hergestellt (Oliver Decker)<sup>5</sup>.

Das ist gewiss anders als in den Baseballschlägerjahren in den frühen neunziger Jahren und auch nicht vergleichbar mit der faschistoiden Verfolgungsstruktur angeblich Gesetz und Recht verteidigender mobiler, häufig maskierter Gruppen in den Vereinigten Staaten, der sog. ICE,<sup>6</sup> die im

---

<sup>5</sup> „Der AfD ist gelungen, was die NPD strategisch angestrebt hat: sie konnte die Brücke zwischen der Straße und dem Wohnzimmer bauen, zwischen den völkisch-nationalsozialistischen, gewaltbereiten Gruppierungen und dem bürgerlich-nationalistischen Milieu. Gemeinsam waren beiden die politischen Orientierungen, aber die Form des Auftretens, die Alltagskultur unterscheidet sich. Die AfD ist heute im Grunde genommen ein Kristallisierungspunkt der antidemokratischen Bewegungen in Sachsen und die Verbindungen bestehen auch in den Westen. Im Grunde genommen ist es überraschend, dass die Ermittlungen erst so spät kommen. Bei dieser eben von mir zitierten Sonnenwendfeier in Strahwalde im Juli dieses Jahres war versammelt was Rang und Namen hatte. Dennoch wurde das Fest genehmigt und wurde von der Polizei als unproblematisch eingeschätzt. Dabei war der Anmelder seit Jahren auch Organisator diverser extrem-rechter Demonstrationen und der Recherche der Medien ist zu entnehmen, dass auf der Sonnenwendfeier NS-Liedgut vorgebracht wurde.“

Hier besteht ein großes Wissensdefizit bei der Polizei, sie kann die Personen, die getragenen Symbolen, die Rituale offensichtlich nicht einordnen. Die Gewaltbereitschaft, der Organisierungsgrad und das Ziel, die demokratische Ordnung zu stürzen, ist aber der Kit, der die Menschen auf diesem Fest einte. Und so kann man sagen: Es ist gut, dass die Ermittlungen von der Bundesanwaltschaft aufgenommen wurden. Da gehören sie hin, wenn sich die Vorwürfe erhärten lassen, handelt es sich um die Planung von Rechtsterrorismus. Bereits in der Vergangenheit sahen wir, wie viele solcher Gruppierungen in Sachsen existieren, welches Echo solche Ideologien hier finden. Man kann sie offen propagieren und gleichzeitig klandestine Netzwerkstruktur aufbauen.“ (Decker, in mdr : Interview mit Rechtsextremismusforscher Decker. Warum Sachsen für Rechtsextreme besonders attraktiv ist. 06. November 2024, 14:26 Uhr

<sup>6</sup> Angesichts der faschistoiden Gewalt in einzelnen Orten der Vereinigten Staaten, so in Minneapolis kommt es offenkundig zu einer von Kirchen und Synagogen geprägten massiven Protest- und Widerstandsbewegung - wie ein Bericht vom 22. Januar 2026 über Minneapolis zeigt: „Ein paar Einordnungen aus der Ferne zum gestrigen Protesttag in Minneapolis: 1) An den vielfältigen Aktionen waren Zehntausende beteiligt. Alle Proteste blieben friedlich. Das ist angesichts der angespannten Lage in der Stadt und dem Framing der Protestbewegung als "Terroristen" enorm wichtig. 2) Organisiert wurden die Aktionen vor allem von Gewerkschaften, Bürgerrechtsgruppen und Faith Communities - also Kirchengemeinden, Synagogen und Moscheen. Bei der großen Demonstration und Kundgebung am Nachmittag waren alle dabei. Hinzu kamen die verstärkten Nachbarschaftspatrouillen zum Schutz vor ICE-Razzien und punktuelle, gut aufeinander abgestimmte Proteste. 3) Ein Lehrstück für demokratische Protestkultur war die große Aktion am Flughafen von MSP am Morgen, von der das beigeigte Video stammt. Mehrere tausend Menschen kamen zu einer Kundgebung, um gegen die Komplizenchaft von Airlines bei der Deportation von tausenden Migrant:innen allein in Minneapolis zu protestieren. Während die Mehrzahl der Protestierenden hinter einer genehmigten Absperrung blieb, knieten sich über hundert Geistliche auf die Zufahrtsstraße, um für ein Ende des ICE-Terrors zu beten. Das war genau so gegenüber den lokalen Behörden angekündigt. Bürgermeister und Polizeichef von Minneapolis haben immer wieder klar gemacht, dass sie fest an der Seite der Bevölkerung steht - und zugleich das Recht mit rechtsstaatlichen Mitteln schützen werden. Die Festnahme der Geistlichen erfolgte also durch lokale Polizeikräfte - manche von ihnen werden ihre Gemeindepfarrer erkannt haben. Man sieht es auf den Bildern, wie respektvoll beide Seiten miteinander umgehen. Auf die Festgenommen wartet ein Strafverfahren, das mit einer Einstellung, einem Freispruch oder einer symbolischen Strafe enden wird. Der kalkulierte Rechtsbruch diente dem Ziel, auf das unendlich viel größere Unrecht der Deportationen - und der Mitwirkung von Airlines - zu verweisen. Die Inkaufnahme von Sanktionen ist Ausdruck der Ernsthaftigkeit dieser Botschaft. Das ist die Tradition des zivilen Ungehorsams, der in der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre eine zentrale Aktionsform war.<sup>4</sup> Die herausgehobene Rolle der Kirchengemeinden und Geistlichen bei den Protesten hat mehrere Gründe. Zum einen: Es ist ein klares Signal gegen den christlichen Nationalismus, der den Sadopopulismus der Regierung religiös überhöht. Ein Einsatzleiter von ICE aus der Nachbarstadt St. Paul ist übrigens im Nebenberuf Pfarrer einer großen christlich-nationalistischen Gemeinde, die zu einem theokratisch ausgerichteten Netzwerk gehört, dem auch Kriegsminister Pete Hegseth angehört. Die Sichtbarkeit bestreitet den christlichen Nationalisten die Deutungshoheit im öffentlichen Raum und deren menschenfeindliche Pervertierung der biblischen Botschaft. Ein zweiter Grund: Kirchen, Synagogen und Moscheen in Minneapolis sind seit der Belagerung durch ICE zum Zufluchtsort für die Bevölkerung und zum Treffpunkt für Absprachen und Training im Widerstand gegen ICE geworden. Ohne das Engagement der Faith Communities wären die Proteste der zurückliegenden Wochen vermutlich nicht so friedlich und beharrlich verlaufen, wie es die Stadt auf beeindruckende Weise zeigt. Wer je an der Relevanz von Kirchen gezweifelt hat, möge sich das genauer ansehen. Und drittens: Zum gestrigen Aktionstag waren hunderte Geistliche aus den ganzen USA nach Minneapolis gekommen, um die ökumenische Solidarität zu demonstrieren - darunter auch Bischöfen Marian Edgar Budde aus Washington. Keine andere gesellschaftliche Gruppe hat den Kampf um Demokratie und Frieden in Minneapolis so stark zu einem exemplarischen Anliegen für das ganze Land gemacht, wie es die Faith Communities tun.<sup>5</sup> Das alles fand gestern bei extremen Temperaturen zwischen minus 25 und minus 15 Grad statt - wobei der in den USA immer mit angegebene gefühlte Temperatur bei minus 45 Grad lag. Ich habe selbst mal einen Winter im Mittelwesten erlebt: Da geht niemand

Auftrag der dortigen Bundesregierung eingesetzt wird und auch zu Mord und Totschlag wie in Minneapolis geführt hat. Von demokratisch-faschistoiden oder demokratisch faschistischen Strukturen würde ich nicht reden, da deren Kennzeichen eben die Aufhebung der gewaltenteilten Demokratie und eines entsprechenden an den Kriterien des Grundgesetzes orientierten Selbstverständnisses ist. (Dabei gehe ich von einem Begriff von Faschismus aus, der das Ziel einer autoritären Veränderung bzw. des Umsturzes eines demokratisch pluralen Systems zum Ziel hat, hierzu entsprechende Ideologien bereitstellt und nicht zuletzt zur Durchsetzung auf Gewalt aus ist und sie massenhaft einsetzt.

## IV. Gegenwehr

Die Gegenwehr ist umso chancenreicher, je mehr

- 1. eine Aufklärung über die rechtsextremen Parteien und den rechtsautoritär gesinnten Teil der Bevölkerung erfolgt
- 2. die verursachenden Faktoren für die Attraktivität rechtsextremer Parteien erfasst, analysiert und politisch und sozial angegangen werden, also die Gründe für die Enttäuschung durch ökonomische, soziale und politische Schwächen und
- 3. die Menschen - gewiss oft zunächst eine Utopie - dazu ermutigt werden, in Ausbildung, Bildung und Alltag zugewandt zu sein und sich nicht in Aggressionen zu verlieren.

### 1. Adressierung des demokratiegefährdenden Charakters des Rechtsextremismus und seiner Gewaltbereitschaft

So sehr wir also den Frustrationen und Enttäuschungen entgegen kommen und sie durch eine bessere Politik adressieren sollten, so sehr muss zugleich der Charakter des Rechtsextremismus – erst recht an der Macht – analysiert und öffentlich diskutiert werden. Die AfD darf nicht als soziale Protestpartei verharmlost werden. Wenn bis zur Hälfte der Bevölkerung sich gegen eine Brandmauer gegenüber der AfD wehrt, zeigt dies, wie die Selbstverharmlosung der Partei in der Öffentlichkeit Wirkung erzeugt. Da wird diskutiert, dass man Martin Sellner nicht einlädt, obwohl die Partei laut ihren Programmen längst eine millionenfache Remigration<sup>7</sup> plant, nicht zuletzt die

---

*freiwillig für Stunden auf die Straßen. Wenn das trotzdem gestern zehntausende taten, war das kein Schönwetterprotest.“* (Mir zugeleiteter Bericht aus Kirchenkreisen)

<sup>7</sup> 11. September 2025: Mehrere Gerichte, darunter das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig und das Verwaltungsgericht in München, stuften 2024 das AfD-Konzept der „Remigration“ als „verfassungswidrig“ ein und sehen es im Widerspruch zum grundgesetzlich verankerten Schutz der Menschenwürde. (VVN-BdA) Im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf wirbt nun die AfD erneut für „Remigration“. Wörtlich heißt es in einem auch im Dortmunder Stadtteil Lütgendortmund verteilten Flugblatt:

„Sichere Heimat durch Remigration. Parallelgesellschaften, ‚Problemimmobilien‘, Drogenhandel, Gewalt, überforderte Sicherheitskräfte – unsere Stadt krankt zunehmend an schädlicher Migration. Nur die AfD packt das an der Wurzel und macht den ‚Heimathafen‘ zu einem ‚Remigrationshafen‘.“

Der Text ist illustriert mit einer Faust, die ein großes Messer führt, daneben der Slogan: „Zeit für Sicherheit – AfD“. Verantwortlich zeichnet der AfD-Kreisverband Dortmund.

AfD in den beiden ostdeutschen Ländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Viele, vermutlich die Mehrheit wählen diese Partei in den kommenden Monaten, weil sie annehmen, dass sie eine Protest- aber keine rechtsextreme Partei ist, die unser Land umstürzen will.

Es bringt nichts, sie durch Beteiligung an der Macht entzaubern zu wollen. Sie wird Spaltungen vertiefen, bürgerkriegsähnliche Unruhen sind nicht ausgeschlossen; sie will eine andere autoritäre Ordnung, die an die dunkle Geschichte Deutschlands erinnert.

Zu Recht wird gefordert, dass Gesellschaft, Wissenschaft und Politik und keineswegs nur der Verfassungsschutz prüft, wie chancenreich ein Verbot dieser verfassungsfeindlichen Partei - Meines Erachtens ist sie verbotsfähig - ist, auch wenn die, die sie wählen, in deren Wahrnehmung brüskiert werden würden. Die Sorge vor einem Verbot treibt die Bundesspitze dazu, jemanden wie Martin Sellner ausladen zu wollen, obwohl Björn Höcke, immer noch der einflussreichste Mann dieser Partei längst das gleiche gesagt hat. Die Partei erklärt schon vor über einem Jahr den Ausschluss von 3 AfD-Aktiven Der Sächsischen Separatisten, den sog. „SSlern“ in Sachsen, die gegenwärtig wegen Rechtsterror vor Gericht stehen, ohne sie bis zum heutigen Tag aus der Partei ausgeschlossen zu haben. Sie treiben nicht ohne Erfolg ein doppeltes Spiel um Wahrheit und Lüge.

Große Mehrheiten wollen in Deutschland, dass Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit vorherrschen und eine Erinnerung daran, dass man nicht wie die AfD in die späten Weimarer Jahre und in den Nationalsozialismus zurückkehren will.

Diese Diskussion ist umso chancenreicher, je mehr sie gesellschaftlich verankert ist und durch zivilgesellschaftliche Akteure präsent gehalten wird. Dazu zählen NGOs, Initiativen und Formen des zivilen Protests (wie wir sie an einem weit extremeren Beispiel gegenwärtig in Minneapolis beobachten können. Nicht zuletzt sind es Kirchen und jüdische Gemeinden, die diesen Protest anführen.). Mein Eindruck ist, dass womöglich in diesen zivilgesellschaftlichen Aktionsformen noch eine Chance besteht, im Nachbarland Schleswig-Holsteins, in Mecklenburg-Vorpommern eine rechtsextreme Alleinregierung zu verhindern.

Was die Chancen, in Sachsen-Anhalt oder MV eine Alleinregierung der AfD zu verhindern, hat u. a. der kundige Rechtsextremismus-Forscher David Begrich (ich fasse ein Interview mit ihm zusammen) gesagt:

*Gegen die fast unpolitische Taktik des Hardliners Ulrich Siegmund wäre wichtig, sich um die Wählergruppe zu kümmern, die von der Politik weit entfernt ist, keine Parteibindung hat und noch offen ist oder wieder geöffnet werden kann. Sie wird auch nicht durch Social Media erreicht, sondern durch Wahlstände in den kleinsten Orten und Wahlplakate, die man verteidigt und die die anderen Plakate überstrahlen. Es geht um Sichtbarkeit – so hatte die DVU 1998 ihre knapp 13 % erreicht und so versucht es auch die AfD mit dem Bild: Sie sind die einzigen, die ansprechbar sind. Zur strategischen Kommunikation gehört, über familiale und freundschaftliche Kontakte zu werben, in WhatsApps, sozusagen unpolitisch. Wichtig könnten die Kirchen sein, wenn sie in den Dialog gehen. Selbst wenn es zu einer AfD Regierung käme, würde sie ähnlich zweigleisig vorgehen, sich weiter selbst verharmlosen -*

---

*die Künstler nicht antasten, zunächst versteht sich, aber gegen die Migrantenverbände mobil machen; offenkundig haben sie aus dem polarisierenden Wahlkampf Björn Höckes gelernt.*

Es braucht darüber hinaus zivilgesellschaftliche Unterstützung in MV und in Sachsen-Anhalt auch aus Ländern wie Schleswig-Holstein, die einfach gegen die AfD mitmachen, ob in Hausbesuchen, bei Ständen, als Kirchen, und das in den kleinsten Dörfern. Nicht-nationalistische kirchliche Gruppen in den Vereinigten Staaten waren und sind da als Aktivisten demokratisches Vorbild.

Die Aktivitäten gegen rechtsextrem sind dann erfolgreicher, wenn eine auf Vernunft und Deeskalation setzende Polizei vor Ort zügig und zivilcouragierte einschreitet, wenn es zu strafrechtlichen Vorgängen etwa zur Hetze oder der Vorbereitung von Gewalt von rechts kommt.

## 2. Sich kümmern

### 1) Das Beispiel des langjährigen Oberbürgermeisters Hans-Joachim Laesicke

Die Menschen sollten in ihrer Wut und ihrer Enttäuschung ernstgenommen werden - gerade in abhängigen Regionen - und sozial unterstützt werden, etwa durch eine andere Wohnungspolitik, einen Umgang mit Älteren ohne Armut, eine andere Gesundheitspolitik und dazu praktisch ganz anders als bisher durch neue „Bürgerräte“/Kammern (Steffen Mau) beteiligt werden. Es kommt darauf an, dass Lokalpolitiker, Initiativen, Gemeinden mit den Krisenerfahrungen umgehen und sich ihnen entgegenstellen bzw. sie mildern.

Da wo man sich in den Kommunen und Kiezen, Stadtteilen zusammentut und Politiker das aufgreifen und selbst die Probleme sehen und angehen, schafft dies im Zweifel sogar Vertrauen und sogar Empathie. Durchaus mit Erfolg haben die demokratischen Parteien und entsprechende Initiativen in NRW im Kommunalwahlkampf etwa dafür gesorgt, nicht negativ über Migrant:innen zu reden und damit die Zuspitzung in apokalyptische Gefahren, wie sie Rechtsextreme beschwören, leerlaufen zu lassen. Diejenigen, die Problemkümmerner in NRW und darin glaubwürdig waren bzw. sind, haben Siege eingefahren.<sup>8</sup> Demokratie als Lebensform im Alltag gelingt dann eher, wenn verantwortliche Politiker den Bürgern zuhören und verantwortlich handeln und umgekehrt Menschen sie erreichen. Nur so können Bürger Politik und Politiker:innen vertrauen. Bürger sollen dazu motiviert werden, nicht nur an Wahlakten teilzunehmen, sondern sich aktiv einzubringen und die Entscheidungen der Politik öffentlich zu überprüfen und zu kontrollieren. Daraus erwächst die Wahrnehmung sozialer und politischer Kompetenz und so die Wahrnehmung der Chance, ablaufende Prozesse im Sinne des Gemeinwohls einer Kommune zu verändern.

Wer eine solche auf die Probleme bezogene Politik des sich-Kümmerns praktiziert, verteidigt damit die Demokratie in der Praxis. Um dies anekdotisch an einem Beispiel zu illustrieren. Als jemand, der inzwischen über 20 Jahre an einer NGO gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg aktiv teilgenommen hat, durfte ich erleben, wie der zuständige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Oranienburg, Hans-Joachim Laesicke mit großen Mehrheiten 30 Jahre lang immer wieder

---

<sup>8</sup> Ich verstehe Demokratie als eine Lebensform, in der es um die gegenseitige Anerkennung der Individuen und Gruppen untereinander geht. Das Ziel ist das Wohl des einzelnen, wie es in den Grundrechten verankert ist: Menschenwürde. Unversehrtheit von Leib und Leben das Recht auf eigene Meinung, sich zu versammeln, eine Wohnung zu besitzen und in einer Mindestform sozial gesichert zu sein. In Deutschland ist der Rechtsstaat zugleich ein Sozialstaat. Ob das tatsächlich so ist, entscheidet sich vor Ort, in der Kommune. Daraus ergibt sich der Anspruch an Politik vor Ort wie in der Republik.

gewählt worden war, weil er sich nicht zu schade war (er war groß und stattlich), sich von seinem Fahrrad herunter holen zu lassen, um dem einfachen Azubi Rede und Antwort zu stehen. Dem Azubi, der Sorgen hatte weiter beschäftigt zu werden, teilte er beispielsweise mit, *ich kümmere mich darum* und er war deswegen glaubwürdig, weil er es tat und dazu eine funktionierende Stadtverwaltung hatte.

## 2) Migration

Von besonderer Bedeutung ist ein realistischer Umgang mit der Migration. Während die einen der Migration als solche de facto feindlich gegenüberstehen und so auch aus den demokratischen Parteien heraus das Hauptgravitationsfeld der AfD praktisch unterstützen, wäre eine weniger aggressive, die realen Schwierigkeiten vor allem in der Kommune finanziell klug angehende Umgang mit Migrant:innen sehr viel erfolgreicher und würde der AfD nicht eine offene Flanke bieten. Eine harte Linie in Sachen Migration durch konservative Parteien stärkt, so das Ergebnis einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht diese, sondern das Original, die migrationsfeindliche rechtsextreme Partei, in Deutschland die AfD. Nach meiner Interpretation führt eine souveräne, nicht überharte Haltung zu größeren Erfolgen der demokratischen Parteien, wie dies meines Erachtens während der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und ebenso in den Umfragen für die AfD in Schleswig-Holstein (mit eher unterdurchschnittlichen % für die AfD) deutlich wird. Letztlich geht es um eine Migrationspolitik, die dem Asylrecht entspricht und die tatsächliche oder wahrgenommene Überforderung vor Ort angeht. (Statt den Migranten, den Muslim zum Sündenbock zu erklären).

### ***Verharmlosung und mehr. Zur Kritik der Annäherung an Positionen der AfD und ihre Grenzen. Am Beispiel der Debatte in der CDU/CSU***

Die Plattform *Compass Mitte* um Ruprecht Polenz will den liberalen und sozialen Kern der CDU von Merz zurück und eine strikte Abgrenzung zur rechtsextremen AfD: (*Wir stehen für eine CDU, die wieder Maß und Mitte findet. Wir sind Compass Mitte. <https://www.compassmitte.net/>*). Sie bezieht sich auf die einschlägige Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, nach der eine Annäherung an rechtsextreme Parteien europaweit nur zur Schwächung der konservativ demokratischen Parteien geführt hat. (Vgl. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/zwischen-abgrenzung-einbindung-und-tolerierung>) Angesichts des extremistischen Charakters der AfD leiten sich aus dieser Studie keine Hinweise ab, mit denen sich eine Zusammenarbeit mit der AfD begründen ließe. Es geht vielmehr um eine differenzierte Bestandsaufnahme des europäischen Umfeldes und um die Folgen, die sich für EVP-Mitgliedsparteien aus einer Kooperation mit rechtspopulistischen Parteien ergeben. Hier zeigt sich, dass in maßgeblichen Fällen eine „Zähmung“ rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Parteien durch Kooperation nicht gelungen ist und eher zu einer Schwächung der EVP-Mitgliedsparteien geführt hat. Das hat es kaum je gegeben: die offensive Infragestellung des gegenwärtigen CDU-Kurses – aus der Mitte der CDU, aus NRW und aus dem Markenkern der CDU. Sie haben die Deckung der sozialen, christlichen und liberalen CDU, und von vor nach wie vor einflussreichen CDU Politikern wie Volker Kauder, Angela Merkel und Karl-Joseph Laumann. Dem Ex-Generalsekretär Polenz geht es um die Rettung der demokratisch sozialen Substanz der CDU. Schon Anfang 2024 hatte er anlässlich der Diskussion zum Grundsatzprogramm der CDU in einem langen taz-Interview „*Leitkultur ist übergriffig*“ beschrieben, was für ihn der Begriff konservativ ausmacht: „*Die CDU hat drei Wurzeln: eine liberale, eine christlich-soziale und eine konservative, das steht auch so im Entwurf. Aber in der gegenwärtigen Situation, wo weltweit das Konservative an den Rändern gefährdet ist*

abzugleiten, muss man das konkretisieren. Trump würde sich wahrscheinlich auch als konservativ bezeichnen, aber das ist er natürlich nicht. Deshalb bin ich dafür, stärker zu betonen, dass das C, das Christliche, für alle drei Wurzeln die Richtung vorgibt. Liberale Wurzel heißt also vor allem verantwortete Freiheit und heißt nicht libertär. Die soziale Wurzel heißt Hilfe zur Selbsthilfe, Solidarität mit den Schwachen, aber nicht primär Umverteilung. Und konservativ heißt eben nicht reaktionär, rückwärtsgewandt, nationalistisch, ausgrenzend, wie das manche verstehen, sondern heißt Maß und Mitte, eine angemessene politische Sprache und ein bestimmter Stil der Politik.“ (Vgl. <https://taz.de/Ex-Generalsekretär-Polenz-zu-CDU-Plan/!5985669/>)

Ruprecht Polenz kritisiert in diesem Zusammenhang die Kampagne gegen Daniel Günther:



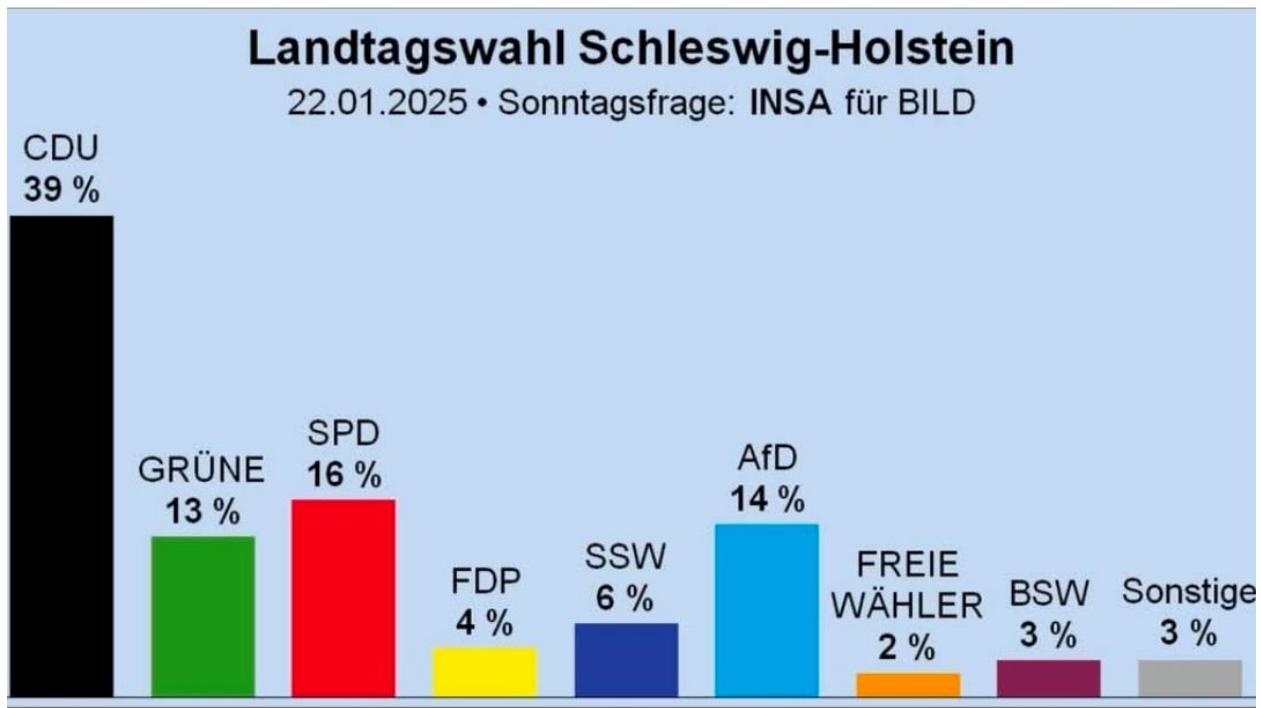
**Ruprecht Polenz** ✅

11 Std. ·

...

X

Ich werde den Verdacht nicht los, dass die Kampagne gegen Daniel Günther von Nius, Cicero, Welt, Tichy, Bild und anderen vor allem diesen Grund hat



3) Gegen wachsende Kritik am Sozialstaat

Wir bräuchten ein Programm, dass die Gründe für Enttäuschung und Wut in der Fläche und die Gründe für die auf Bundesebene bis zu 3/4 reichende Unzufriedenheit angeht, darin überzeugend und erfolgreich ist und dies durch effiziente und glaubwürdige Persönlichkeiten bzw. Parteien repräsentiert wird. Dies sollte auf Bundes-, Landes- und vor allem auf der Ebene der Kommune geschehen, ein wirksames praktisches sich-kümmern um die wahrgenommenen Nöte und Ungleichheitserfahrungen, die Mängel in Bildung, Schule, öffentlichen Nahverkehr und den schwierigen Wohnbedingungen.

Bringt es etwas, wenn man mit angeblich ökonomischen Notwendigkeiten, oft aus autoritär rechtsliberaler Sicht das ganze Straf- und Restriktionspotenzial auffährt, also das Bürgergeld abschafft, ohne dass noch die erwarteten zig Milliarden kommen dürften, die Teilzeit, die viel für sehr viele angesichts der Kita-Lage eine pure Notwendigkeit ist, einschränkt oder die tägliche und die Lebensarbeitszeit per Zwang und Gesetz unnötig ausdehnen will und schließlich Fachkräfte, wenn sie einem vom Migrationsstatus nicht passen, aus dem Land haben will? Was bringt ein Spar-Orchester, wenn man um Verständnis und Empathie sich kümmern sollte! Es bräuchte eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die die soziale Schieflage, die sich verschärfende Spaltung in Arm und Reich, aus der heraus Oxfam beispielsweise die Einführung einer Milliardärs-Steuer empfiehlt, nachprüfbar angeht, auf Bundesebene ebenso wie vor Ort<sup>9</sup>.

### *Abschwung durch Aufrüstung? - Die Thesen von Rudolf Hickel*

Von zentraler Bedeutung ist die Wirtschaftslage und die Sorgen vor ökonomischen und sozialen Krisen und Abstieg. Die Debatte zwischen CDU und SPD, ob mehr Wirtschaft oder mehr sozial, klärt nicht, ob die Bedingungen des Aufschwungs, die man vollmundig versprochen hat, durch die ökonomische Politik überhaupt hergestellt werden können.

Zwar stimmt der DIW Chef in den Chor der Kritiker am Sozialstaat ein, aber andere wie Rudolf Hickel fragen sich, ob der Aufschwung überhaupt durch die Art und Weise der Aufrüstung erfolgreich sein kann. Er sieht den Willen zur politischen Gestaltung kollidiert mit ideologisch geprägten Prioritäten insbesondere im Spannungsfeld von Sicherheits-, Wirtschafts-, Klima- und Sozialpolitik. Die Regierung wirkt trotz der globalen Mehrfachkrise orientierungslos (vergleiche Blätter 8/25). Die angespannte wirtschaftspolitische Lage werde nicht angegangen. Nach Jahren des Strukturwandels und pandemiebedingter Belastungen gibt es heute die Tatsache einer hartnäckigen Stagnation, den wirtschaftlichen Abschwung auch durch globale Unsicherheiten, hohe Energiepreise, nachlassende Exportdynamik, protektionistische Trends und gravierende unternehmerische Fehlentscheidungen wie in der Autoindustrie. Nicht einmal die Abschaffung der Stromsteuer wie versprochen wurde durch den Finanzminister umgesetzt. Das Problem bei der ermöglichten hohen Kreditaufnahme von 850.000.000.000 € bis 29 ist jedoch die Verdopplung der Zinsausgaben auf 62.000.000.000 bis 29. Die Kernidee ist, die Stärkung der Wirtschaftskraft durch

---

<sup>9</sup> Oxfam kritisiert die wachsende Ungleichverteilung. Die Bundesregierung sollte daher 1. SUPERREICHE GERECHT BESTEUERN: MILLIARDÄRSSTEUER EINFÜHREN. Ein erster Schritt, um eine der großen Gerechtigkeitslücken im bestehenden Steuersystem zu schließen und damit auch Vertrauen in Politik und Demokratie wiederherzustellen, wäre die im Rahmen der G20 diskutierte Mindeststeuer von zwei Prozent für Multimillionär\*innen und Milliardär\*innen. Die geschätzten zusätzlichen Einnahmen lägen bei weltweit 242 Milliarden bis 377 Milliarden USDollar. In Deutschland würde die Steuer je nach Ausgestaltung Einnahmen von elf bis 28 Milliarden Euro einbringen und nur etwa 250 bis 5.000 Haushalte betreffen.<sup>89</sup> Eine Vermögenssteuer von zwei Prozent würde die Steuersätze von Milliardär\*innen und Multimillionär\*innen etwa auf das Niveau des Steuer und Abgabenbeitrags von Mittelschichtfamilien heben. Die Bundesregierung sollte daher eine zweiprozentige Vermögenssteuer für Multimillionär\*innen und Milliardär\*innen in Deutschland einführen.

Zudem sollte sie die Umsetzung einer solchen Steuer auf internationaler Ebene unterstützen.

2. INVESTITIONEN IN SOZIALE GERECHTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Die generierten Finanzmittel werden dringend benötigt, um den fiskalischen Spielraum zu erweitern, so die eklatanten Investitionslücken im Bereich sozialer Gerechtigkeit zu schließen und Deutschlands internationaler Verantwortung gerecht zu werden.

Steuersenkungen zu unterstützen. Das Herzstück aber, die Unternehmenssteuerreform dient eher klassischer Klientel, begrenzt jedenfalls nicht die Investitionszurückhaltung durch Fachkräftemangel und hohen bürokratischen Aufwand. Öffentliche Investitionen in Transformation, Bildung und Gesundheit sind nicht im Zentrum. Stattdessen folgt die Regierung Merz/ Klingbeil einer längst widerlegten trickle-down-Logik mit wachsenden Risiko für die Schwächsten und auf Kosten von Klima- und Sozialpolitik.<sup>10</sup>

### 3. Bildung und Herzensbildung. Demokratische Erziehung

*Die bahnbrechende Studie der Adornoschülerin Christel Hopf: „Familie und Rechtsextremismus“ (1995), aufgenommen in der beeindruckenden Studie von Zick und anderen „Die angespannte Mitte“ (2025)*

Die Bedeutung demokratischer Bildung ist in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vielleicht am besten von der brillanten Studie der Adorno Schülerin Christel Hopf Familie und Rechtsextremismus in Hildesheim bereits Anfang der Neunzigerjahre unter gewiss noch einigermaßen anderen Bedingungen durchgeführt worden. Christel Hopf ist in ihren intensiven Interviews mit 18-jährigen Jugendlichen dem familiären Erziehungsstil nachgespürt und hat in ihrer qualitativen methodischen Brillanz herausgefunden, dass diejenigen gegenüber Abwertung, Mobbing und Ethnozentrismus weitgehend immun sind bzw. die mit angemessener Kommunikation und vernünftiger Zuwendung, manche würden sagen, mit Liebe aufgewachsen sind, also sich haben vergleichsweise frei entfalten, die innere Stimme für ihre eigenen Interessen haben entwickeln können und damit auch die Stimmen der anderen in ihnen selbst, also das, was die Psychoanalytikerin Gertrud Hardtmann „Gewissen“ nennt. Wie wichtig eine Lernatmosphäre ohne Abwertung, ohne Mobbing ist, zeigt diese Studie. Jessica Benjamin hat in *Fesseln der Liebe* darüber hinaus nachweisen können, dass es sich schon in der frühen Bildung eines Individuums um Intersubjektivität geht, also um die Beziehung zwischen zwei Persönlichkeiten, der erwachsenen Bezugspersonen einerseits und den Kindern andererseits handelt.

Diese Erkenntnisse werden im Kern von der jüngsten anerkannten Bielefelder Studie von Zick und anderen (Friedrich Ebert Stiftung „Die angespannte Mitte“ (2025)) geteilt. Eine unterstützende, bedürfnisorientierte und anerkennende Beziehung von Eltern zu Jugendlichen führt zu mehr

---

<sup>10</sup> Hinzu kommt für die neuen Sondervermögen von 500.000.000.000 € das Kriterium der Zusätzlichkeit, sodass die Kommunen, denen es besonders an Finanzierung mangelt, kaum unterstützt werden können. Nicht in Schulen, Verkehrsinfrastruktur, etablierte Klimaschutzmaßnahmen sowie gegen Personalmangel und bürokratische Hürden. Demgegenüber aber gibt es eine Entgrenzung der Verteidigungsausgaben, eine unkontrollierte Verschuldungsdynamik, die sowohl zukünftige Abrüstungsinitiativen erschwert wie vor allem das angebliche Bemühen um eine gerechtere und nachhaltige Gesellschaft. Wenn man 5 % in Sicherheit aufwenden will, ohne dies bisher genau zu benennen, haben wir - so Hickel - eine tektonische Verschiebung: Entgrenzung hier und wachsende Begrenzung in Bildung, Soziales und Umwelt, jedenfalls ohne Steuererhöhung dort. Der aufgeladene Sicherheitsdiskurs verdrängt zentrale Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Generationengerechtigkeit. Verschiebung im Haushalt auf Kosten sozialer Gerechtigkeit. Die Umverteilung des Finanzspielraums trifft vor allem die ohnehin angeschlagenen Kommunen. Die Regierung riskiert in Zeiten wachsender Kinder- und Altersarmut eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in den ohnehin am schlechtesten ausgestatteten Verwaltungseinheiten des Landes, nämlich in den Kommunen. Während also für Rüstung unbegrenzte Mittel zur Verfügung stehen, wird in den Bereichen Bildung, Pflege, Gesundheit und Soziales ein drastischer Sparkurs mit dem Dogma fiskalische Unvermeidbarkeit gerechtfertigt. Dies trifft Schulen, Krankenhäuser und sozialen Wohnungsbau in besonderem Maße. Dabei müssen gerade öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz auch zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur besonders angegangen werden. Was wir haben, ist ein rückwärtsgewandtes Verständnis von Wachstum, das Investitionen primär über Steuerentlastung stimulieren will, flankiert von Aufriistung ohne fiskalische Begrenzung. Die Koalition der Möglichmacher ist ein Bündnis für sicherheitspolitische Überdehnung, verschärft die gesellschaftliche Polarisierung und ist gegen soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Erneuerung - man braucht den koordinierenden, fördernden Staat - aber für das Gegenteil dessen, was diese Regierung unternimmt. (Vgl. ebd.) Dies führt schon jetzt erneut zu wachsender Unzufriedenheit, wenn bis zur 2/3 der Politik der neuen Regierung nicht trauen, offenkundig mit erheblicher Berechtigung. Dies erst recht angesichts anhaltender Krisenphänomene: von Stagnation, wachsender Arbeitslosigkeit und vermehrter Insolvenzen sowie dem Wissen, dass den Hauptproblemen insbesondere in den Kommunen, Schulen, Wohnen, Verkehr nicht angemessen abgeholfen werden dürfte.

Autonomie und mehr Selbstbewusstsein und zur Resilienz vor rechtsextremer Radikalisierung (Ebd. S. 311f).<sup>11</sup>

Die beiden Aussagen *meine Eltern haben oft die Entscheidung für mich getroffen, ohne mich einzubeziehen* und *meine Eltern haben kein Widerspruch geduldet* beschreiben eine stark wahrgenommene Kontrolle und Autorität der Eltern und wird als *autoritär orientierte Sozialisation* bezeichnet. Die beiden Aussagen *meine Eltern haben auf zu hohe Erwartungen an mich gestellt* sowie *meine Eltern haben immer von mir verlangt, besser als andere zu sein bringen* eher hohe Anspruchshaltung und Leistungsdruck der Eltern zum Ausdruck, und wird als leistungsorientierte Sozialisation bezeichnet (3 einzigen). Unter Befragten mit hohem Autoritarismus im Erwachsenenalter ist der Anteil mit einem rechtsextremen Weltbild deutlich höher, wenn sie eine autoritätsorientierte oder eine leistungsorientierte Sozialisation erinnern (14 bzw. 20 %) (319)

Hinsichtlich der Schule war die Ablehnung autoritär ausgerichteter Schulen sowie die Orientierung an kritischem Denken und individueller Mündigkeit ein Allgemeingut demokratischer Gesellschaften nach 1945 im Laufe der Zeit geworden (329). Die Orientierung an demokratisch liberalen, inklusiven diversitätssensiblen Bildungskonzepten auf der Basis internationaler menschenrechtlicher Abkommen über die Rechte von Kindern und Menschen mit Behinderung und zur vollen Entfaltung der Persönlichkeit als Bildungsziel im Sinn der *Konvention über die Rechte des Kindes*, Vereinten Nationen 1989 (329f). Dies wird durch die Bildungspolitik von Parteien am äußersten rechten Rand hinsichtlich der Vermittlung demokratischer Werte sowie gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe im Sinne einer offenen Gesellschaft angegriffen (330)

Die extreme Rechte fordert ein Gebot politischer Neutralität und verweist fälschlich auf den Beutelsbacher Konsens. Beutelsbacher Konsens und politische Bildung sind jedoch nicht wertneutral, sondern an Grund- und Menschenrechten, Verfassungsprinzipien und Pluralismus gebunden. Er besagt lediglich, dass Lernende nicht indoktriniert werden dürfen. Aber sehr wohl, dass Lehrkräfte sogar verpflichtet sind, einer Verletzung der Prinzipien von Grund und Menschenrechten und dergleichen deutlich entgegenzutreten und sie nicht als legitime Position neben anderen zu tolerieren. Die Neutralitätsforderung ist eine Strategie der politischen Einflussnahme, eine weaponized neutrality. Sie kann zu Aushöhlung demokratischer Begriffe und zur Normalisierung rechtsextremer Positionen beitragen (332-333) oder sogar dazu führen, dass die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt ganz geschlossen werden soll (333).<sup>12</sup> Das muss nicht von allein von einer guten Familie herrühren. Genauso wichtig kann die Kita, die Grundschule und die Gleichaltrigen-Gruppe sein. Es gibt in diesem Sinne Nach-Sozialisierungschancen. Darin liegt die Herausforderung für Kitas, Bildung und Ausbildungsstätten. Deswegen braucht es gute und bessere Lehrerinnen und Lehrer, mehr qualifizierte Schulsozialarbeiter:innen an allen, auch den kleinsten Schulen. Was für die Familie gilt, gilt Mutatis

---

<sup>11</sup> Analytisch als grundlegend angesehen sind Interaktions-, Erziehungs- und Sozialisationserfahrung etwa in der Familie in der Familie, etwa in Bezug auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen, Bindungserfahrungen und autoritärer Dispositionen sowie Emotionsregulation und Konfliktlösungsstrategien, die Haltung zu den Eltern, die Art der Zielförderung der Kinder oder auch erfahrene Anerkennung und Unterstützung bzw. ein Mangel daran. (313)

<sup>12</sup> Das muss nicht von allein von einer guten Familie herrühren. Genauso wichtig kann die Kita, die Grundschule und die Gleichaltrigen-Gruppe sein. Es gibt in diesem Sinne Nach-Sozialisierungschancen, auch wenn die frühen Erfahrungen nicht immer gut sind. Darin liegt die Herausforderung für Kitas, Bildung und Ausbildungsstätten. Deswegen braucht es gute und bessere Lehrerinnen und Lehrer, mehr qualifizierte Schulsozialarbeiter:innen an allen, auch den kleinsten Schulen. Was für die Familie gilt, gilt Mutatis mutandis auch für die Kommunen. Mehr noch: die Kommune kann Chancen einer demokratischen Nach-Sozialisierung befördern. Dies ist eine Kernidee der Projekte von Demokratie leben

mutandis auch für die Kommunen. Mehr noch: die Kommune kann Chancen einer demokratischen Nach-Sozialisierung befördern. Dies ist eine Kernidee der Projekte von Demokratie leben.

Zu einer solchen demütigungsarmen Atmosphäre können Erziehung, Ausbildung aber auch das Gemeindeleben insgesamt beitragen. Sie zeigt sich in Kommunen und braucht die Unterstützung durch eine Politik, die darauf verzichtet, auf Befindungen, gar dämonischer Art zu setzen. Die kommunale Politik ist dort erfolgreich, wo sie auf die Probleme, die angesprochen werden, antwortet, sich praktisch kümmert. Je stärker die Kita, die Schule oder der Verein Lernprozesse organisiert, in denen wir eigene Verantwortung entwickeln, desto eher sind Lernprozesse gegenseitigen Respekts und moralischer Anerkennung möglich. Anerkennung aber ist ohne Selbsterfahrung kaum denkbar. Es braucht einen demütigungsfreien Stil in Politik wie in Pädagogik.

Es sind Haltungen der Solidarität gegenüber Schwächeren und Empathie untereinander, es geht um Herzensbildung, die im Alltag, im Nahraum, nicht zuletzt in der Schule und in der Gesellschaft ausgeübt wird.

Aus meinen Studien etwa aus Ostthüringen, Oranienburg oder Wittenberge weiß ich im Übrigen, wie wichtig Sozialarbeiter:innen in der Schule sind, an ihnen fehlt es oft, genauso wie in Stadtteilen und Kiezen, damit es für die Probleme überhaupt einen Ansprechpartner unterhalb der Stadtverwaltung gibt.

## V. Fazit

Die Erinnerung an den 27. Januar 1945 ist so dringlich wie nie seit 1949. Nicht nur in Deutschland wachsen gesellschaftliche Kräfte des Rechtsextremismus, des Rassismus, des Antisemitismus und vor allem der Gewaltaggression. Gewiss, nichts wird so sein wie es damals war, als die faschistische Bewegung sich entfesselte. Es wiederholt sich nichts in der Geschichte, aber es gibt erhebliche und wachsende Ähnlichkeiten in Teilen insbesondere in den rechtsextremen Bewegungen selbst.

Deswegen ist unsere Demokratie in besonderer Weise, vermutlich mehr als je seit 1949 herausgefördert. Nötig ist eine Politik vor Ort, die die sozialen Enttäuschungen aufgreift und im Maße der Möglichkeiten lokaler Politik auf die wahrgenommenen Probleme eingeht und wie im Fall Hans-Joachim Laesicke oder auch Bodo Ramelows in Thüringen so gut es die Kommune/ Land leisten kann verantwortlich antwortet und problemlösungsorientiert agiert. Nichts war so erfolgreich wie Laesickes Bereitschaft, vom Fahrrad herunter zu steigen, sich den Azubi anzuhören und zugleich Abhilfe zu versprechen und dies auch umzusetzen, denn er hatte eine gute Stadtverwaltung.

Es sollte darum gehen, in Kommunen, Land und Bund alles zu tun, was politisch und finanziell zu Gebote steht und darin glaubwürdig und transparent zu sein. Da ist wie sie alle wissen an jedem Ort sehr viel Luft nach oben. Es gehört zu einem christlich und sozial verstandenen Demokratieverständnis, sich den eher Ärmern oder Benachteiligen zuzuwenden und nicht durch eine Politik der Abwehr die Abwehr der Demokratie selbst zu verstärken. Dies gelingt in dem Maße, in dem dies ressourcenreich auch betrieben wird.

Bei einer Regierung unter einem AfDler, wie aktuell in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern nicht auszuschließen, gerät die föderale Verfassung in Gefahr, von den Richterwahlen,

den Kontrollmechanismen einer gewaltenteilten Demokratie bis zur Entfesselung aggressiver Einstellungen und vermehrter Gewalt. Sie können das als politisch Verantwortliche, als Vertreter der Sicherheitsinstitutionen und nicht zuletzt durch zivilgesellschaftliche Aktionen und praktische Hilfe und Solidarität, alltägliche Empathie vor Ort ändern. Erst dann, wenn man sozial gegensteuert, glaubwürdig ist und um unsere Demokratie kämpft, kann das Hintergrundwissen von bis zu 80 % der Bevölkerung aktiviert werden, nicht in NS-ähnliche Eskalationen von rechts wie in der späten Weimarer Republik zu verfallen.<sup>13</sup> Erst wenn die Alltagssorgen in glaubwürdiger Weise angegangen werden, ist dieses Hintergrundwissen mehrheitlich wirksam.

## Zusammenfassung in 6 Thesen:

### I. Analyse

- 1) Der Rechtsextremismus der AfD ist wissenschaftlich und durch den Verfassungsschutz belegt. Die AfD richtet sich gegen die Menschenwürde, die allen gilt; sie richtet sich gegen den Rechtsstaat und seine Gewaltenteilung und gegen die Demokratie, die sie zugunsten einer völkischen Ordnung verachtet.
- 2) Ihre spezifische Radikalität resultiert aus dem völkisch-revolutionären Flügel um Höcke, Kubitschek, Sellner und vor allem den ostdeutschen Landesverbänden.
- 3) Zusammen mit der allgemeinen Unzufriedenheit und den Krisen wird vor allem durch die AfD die Bereitschaft zu rassistischer Gewalt verstärkt und ist im Jahre 24 auf einem nie da gewesenen Höhepunkt. In bestimmten Regionen, wo das radikal gewaltbereite Milieu fest etabliert ist, kommt es vermehrt zur rechtsterroristischen Gruppierungsversuchen, wie zuletzt den SS, den sogenannten *Sächsischen Separatisten* und zuvor der *Gruppe Freital*, der *Revolution Chemnitz* und über ein langes Jahrzehnt dem NSU.

### II. Gegenwehr

- 4) Die Gegenwehr ist dann entwickelter, wenn man diese Gefahr der AfD und ihre Folgen angemessen einschätzt und nicht verarmlost - wie große Teile der Medien und der Öffentlichkeit es tun.
- 5) Sie ist dann erfolgreicher, wenn man sich im Stadtteil, in der Schule, Kita oder Ausbildungsstätte, aber auch in Land und Bund praktisch und folgenreich um die Ängste und Sorgen der Menschen kümmert und als demokratische Parteien Glaubwürdigkeit zurückgewinnt.
- 6) Dann wachsen auch die Fähigkeiten zu gegenseitiger Achtung, Solidarität und - im Sinne der Herzensbildung - zu Zuwendung, die Menschen in Krisenzeiten erst recht brauchen.

**Wichtig v.a. aber die Bereitschaft von immer mehr Menschen, sich der AfD entgegenzustellen.**

---

<sup>13</sup> Auf Bundes- und Landesebene kommt es in der nächsten Zeit darauf an, ob es politische Strategien dafür gibt, dass 70-80 % auch nach den umfangreichen sozialwissenschaftlichen Studien der Bielefelder um Andreas Zick wollen, dass Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit vorherrschen und dies in Erinnerung daran, dass man nicht – wie die AfD um Höcke/Kubitschek - in die späten Weimarer Jahre und in den Nationalsozialismus zurückkehren will. Das ist eine der wesentlichen Unterschiede in der westdeutschen nachnationalsozialistischen Gesellschaft, anders als in Österreich oder der ehemaligen DDR und anders als etwa in den Vereinigten Staaten und anderswo.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und engagierte Diskussion, v.a. aber für die Gegenwehr, die Sie offensichtlich seit Jahren hier in Neumünster leisten.